

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0390/21</b> öffentlich	Referat	Referat VI
	Amt	Tiefbauamt
	Kostenstelle (UA)	63000
	Amtsleiter/in	Hoferer, Walter
	Telefon	3 05-23 40
	Telefax	3 05-23 42
E-Mail	tiefbauamt@ingolstadt.de	
Datum	07.05.2021	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Ausschuss für Kultur und Bildung	01.07.2021	Vorberatung	
Stadtrat	29.07.2021	Entscheidung	

### Beratungsgegenstand

Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes;  
Gemeinschaftsantrag (V0273/21) der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD  
sowie der Stadtratsgruppe DIE LINKE  
Stellungnahme der Verwaltung  
(Referent: Herr Hoffmann, Herr Müller, Herr Engert und Herr Fleckinger)

### Antrag:

1. Der Gemeinschaftsantrag wird bezüglich einer Kostenübernahme der Aufwendungen der Bürger bei Straßenumbenennungen durch die Stadt abgelehnt.
2. Straßenbenennungen erfolgen zukünftig unter Beachtung der Handreichungen des Deutschen Städtetags vom März 2021 (Anlage 1) und dem Kriterienkatalog (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Hindenburg-, die Mölders- und die Udetstraße mit entsprechenden Hinweisschildern zu versehen. Über eine Umbenennung entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt der Stadtrat auf Empfehlung der unter Punkt 4. genannten Kommission.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einsetzung einer Kommission vorzubereiten, deren Arbeit sich auf die Sichtung und Beurteilung von Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Zeitepoche des „Dritten Reiches“ beschränkt. Bezüglich der Ein- und Besetzung der Kommission ist zu gegebener Zeit eine erneute Sitzungsvorlage zu erstellen.

gez.  
Gero Hoffmann  
Berufsmäßiger  
Stadtrat

gez.  
Dirk Müller  
Berufsmäßiger  
Stadtrat

gez.  
Gabriel Engert  
Berufsmäßiger  
Stadtrat

gez.  
Franz Fleckinger  
Berufsmäßiger  
Stadtrat

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**  ja  nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:  <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Bürgerbeteiligung:**

**Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt:**  ja  nein

**Kurzvortrag:**

Die Stadtratsfraktionen der Parteien Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD sowie die Stadtratsgruppe der Partei DIE LINKE haben in einem Gemeinschaftsantrag (V0273/21) den Antrag gestellt, historisch umstrittene Persönlichkeiten nicht mehr mit Straßennamen zu ehren.

Im Einzelnen wurde beantragt zu prüfen, ob 1. die Kosten der Umbenennung von Straßen für Betroffene aus dem Stadthaushalt finanziert werden können. Sollte dies nicht möglich sein, sollten 2. für die betroffenen Straßennamen entsprechende erklärende Zusatzschilder angebracht werden.

3. Die Straßen "Hindenburgstraße, Möldersstraße und Udetstraße" sollen auf jeden Fall umbenannt bzw. mit einem Hinweisschild versehen werden. Ein weiterer Antragspunkt ist 4. die Bildung einer Expertenkommission unter Beteiligung der Bezirksausschüsse, des Stadtrats,

wissenschaftlicher Experten und Mitgliedern von Ingolstädter Gedenkinitiativen. Diese Kommission soll hierzu prüfen, ob Straßen umzubenennen sind und für die Umbenennungen alternative Namensvorschläge benennen.

Zu den Ziffern des Beschlussvorschlages der Verwaltung im Einzelnen:

**Zu 1.**

Die Verwaltung schlägt vor, den Gemeinschaftsantrag in diesem Punkt abzulehnen, da die Kosten, z.B. für neue Ausweispapiere, Führerscheine, Hausbeschilderung Adressänderungen bei Post und Banken und Versicherungen etc. die Stadt zu tragen hätte, die Umbenennungen erheblich den derzeit angespannten städtischen Haushalt belasten würden und dies im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht zielführend wäre. Aus Sicht der Verwaltung wäre es ebenso zielführend und vom Aufwand her verhältnismäßiger, wie im Antrag schon beschrieben, Hinweistafeln unter den Straßenschildern bei Straßen mit entsprechend umstrittenen Benennungen anzubringen. Die Verwaltung wird auch prüfen, ob ggf. QR-Codes zu weiterführenden Informationen und Hinweisen zweckdienlich sein könnten und eine Anbringmöglichkeit an den Straßenschildern besteht. Hierzu kann auch die unter Punkt 4. beschriebene Kommission ggf. Hilfestellung geben.

**Zu 2.**

Bei zukünftigen Straßenbenennungen wird durch die Anwendung der Handreichungen des Deutschen Städtetags (Anlage 1) ausreichende Gewähr geleistet, dass keine Straßennamen nach ehrenrührigen Personen vorgeschlagen werden. Bei bestehenden Straßennamen ist die Anbringung von erklärenden Hinweisschildern möglich.

**Zu 3.**

Die in der Antragsbegründung genannten Aspekte sind für die Verwaltung soweit nachvollziehbar, dass die Anbringung von erklärenden Hinweistafeln zu einer aktiven und kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte beiträgt. Die Anbringung der Hinweistafeln wird befürwortet. Die entsprechenden Texte sollen von der unter 4. genannten Kommission verfasst und nach Freigabe durch den Stadtrat angebracht werden.

Über eine Umbenennung entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt der Stadtrat auf Empfehlung der unter Punkt 4. genannten Kommission. Auch in diesen im Antrag explizit genannten drei Fällen sollte die Entscheidung über die Umbenennung neben der historischen Einordnung auch den Aufwand und die Folgekosten im Rahmen der Verhältnismäßigkeit für die beteiligten Bürger miteinbeziehen.

**Zu 4.**

Eine Bewertung von Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit der NS-Zeit stehen und Ingolstädter Straßen ihren Namen geben, wird grundsätzlich befürwortet. Auch in Ingolstadt sollten keine Personen geehrt werden, die den NS-Unrechtsstaat aktiv unterstützt haben oder in anderer Weise an Menschenrechtsverletzungen beteiligt gewesen sind. Deshalb soll die Verwaltung die Einrichtung einer mit Historikern und Historikerinnen besetzten Kommission vorbereiten und dem Stadtrat dazu möglichst zeitnah eine gesonderte Vorlage zur Entscheidung vorlegen. Die Kommission soll dann, bezogen auf die NS-Zeit, Empfehlungen für notwendige Umbenennungen oder den Text entsprechender Hinweistafeln für eine kritische und historisch korrekte Einordnung abgeben. Den Vorsitz der Kommission soll der Kulturreferent der Stadt übernehmen.

